



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 66 - Plenarwoche 10. - 14. Dezember 2007

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

Proklamierung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Am 12. Dezember wurde im Europäischen Parlament (EP) in Straßburg im Rahmen einer feierlichen Zeremonie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union proklamiert und unterzeichnet. Die Charta war bereits 2000 beschlossen worden. Sie hatte allerdings noch keine Rechtsverbindlichkeit. Dieses wollte man durch die Einbindung in die Europäische Verfassung ändern. Da diese aber gescheitert ist, wird die Charta nun durch einen Verweis im Vertrag von Lissabon rechtskräftig, sobald dieser 2009 in Kraft treten wird. Die Charta umfasst 54 Artikel und garantiert die Respektierung der Grundrechte im Verhältnis des Bürgers zu den EU-Institutionen. Die Unionsbürger können sich auch gegenüber ihren nationalen Regierungen auf die Charta berufen. Jeder EU-Bürger kann dann sein Recht vor dem Europäischen Gerichtshof einklagen. Die einzigen Ausnahmen bilden Großbritannien und Polen, deren Regierungen darauf bestanden haben, dass die Grundrechtecharta für ihre Länder nicht verbindlich ist.

Die Grundrechtecharta der EU umfasst dieselben Grundrechte, wie sie auch im Grundgesetz Deutschlands garantiert werden. So lautet Artikel 1 der Charta: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen." Einige EU-Grundrechte sind neu: das Verbot des Klonens, das Recht auf ein "hohes Niveau" des Umwelt- und Verbraucherschutzes, Schutz von personenbezogenen Daten und vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, wie der Schutz vor ungerechtfertigten Entlassungen.

II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Verleihung des Sacharow-Preises 2007 an Salih Mahmoud Mohamed Osman

Das EP hat den "Sacharow-Preis für geistige Freiheit" an den sudanesischen Menschenrechtsanwalt Salih Mahmoud Mohamed Osman übergeben. Der Preis, auch EU-Menschenrechtspreis genannt, wird seit 1988 jährlich an Persönlichkeiten oder Organisationen verliehen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen. Er ist nach dem Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow benannt und mit 50.000 Euro dotiert. Mit der einstimmigen Wahl des Herrn Osman bekräftigt das Parlament seine Solidarität mit den Menschen in Darfur und seine Überzeugung, dass eine nachhaltige Lösung für diese Region nur durch Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte erreicht werden kann. Seit vielen Jahren vertritt Osman die Rechte der Opfer im Konflikt von Darfur und setzt sich dafür ein, dass die für Kriegsverbrechen verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden.

2. Designschutz für sichtbare Ersatzteile

Das EP hat in Erster Lesung die Designschutzrichtlinie verabschiedet, wonach es für sichtbare Ersatzteile von Autos oder Elektrogeräten nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren künftig keine

Eigentumsrechte am Design mehr geben soll. Betroffen sind ausschließlich solche Ersatzteile, bei denen die Gestaltung ausschlaggebend für die Wiederherstellung der ursprünglichen Funktion oder Erscheinungsform ist.

Die Richtlinie zielt auf die vollständige Liberalisierung des Sekundärmarktes für Ersatzteile ab, wovon vor allem die Automobilindustrie, aber auch die Maschinen-, Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrie betroffen sind. Nach der Übergangsfrist soll der Geschmacksmusterschutz für Motorhauben, Stoßstangen und andere sichtbare Ersatzteile entfallen.

Es besteht momentan in 15 Mitgliedstaaten ein Geschmacksmusterschutz, u.a. in Deutschland, Österreich, Frankreich, Finnland, Dänemark und Polen. In neun Mitgliedstaaten, darunter Belgien, Irland, Italien, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Ungarn, sind die Märkte bereits liberalisiert. Eine Öffnung des Marktes soll mehr Wettbewerb am Zulieferermarkt für Ersatzteile bringen und dadurch niedrigere Kosten für Reparaturen und Versicherungsprämien.

3. Debatte über die Vorbereitung des Europäischen Rates vom 14.12. in Brüssel

Das EP hat eine Debatte abgehalten zum Vertrag von Lissabon und zur Vorbereitung des Europäischen Rats (Treffen der Staats- und Regierungschefs). In der Aussprache wurden u.a. Themen wie die Arbeit der portugiesischen Ratspräsidentschaft, der Kampf gegen den Terrorismus, die Erweiterung der Schengen-Zone, Migration aus Afrika, der Fortschritt der "Lissabon-Strategie", die Ergebnisse des Klima-Gipfels in Bali, die Lage im Kosovo sowie Erkenntnisse des jüngsten EU-Afrika-Gipfels behandelt. Der Europäische Rat wurde aufgefordert, die Bekämpfung der Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen anzusprechen und eine umfassende Migrationspolitik auf europäischer Ebene zustande zu bringen.

4. Weinmarktverordnung

Die EU-Kommission (KOM) hat für ihre Pläne zur Reform des europäischen Weinmarktes eine klare Abfuhr kassiert. Das EP lehnte praktisch alle Vorschläge der KOM ab. Diese würden u.a. zu einer Verwischung der Unterscheidung zwischen Qualitäts- und Tafelweinen führen und gefährdeten die Existenz der Winzer in Deutschland und anderen nördlichen Anbauländern, kritisiert das EP. Die KOM hat vorgeschlagen, den in den nördlichen Anbauländern seit Jahrhunderten üblichen Zusatz von Zucker beim Gärprozess zu verbieten. Für die Winzer in Deutschland, Österreich, Luxemburg und Tschechien würde dies erhebliche Nachteile bedeuten, weil die Trauben in Nordeuropa weniger Eigensüße entwickeln als im Süden. Das EP forderte, die Anreicherung mit Zucker müsse erlaubt bleiben.

III. Weitere Themen waren

- Weniger Hindernisse für den Ausbau der Eisenbahnen in Europa
- Keine Verletzung von Menschenrechten beim Kampf gegen den Terrorismus
- Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2008
- Finanzierung von Galileo
- Reformbedarf im Justiz- und Umweltbereich in Montenegro
- Menschenrechtsdialog mit China verstärken / Waffenembargo aufrechterhalten
- Bekämpfung der Zunahme des Extremismus in Europa

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
